

## ÖVP macht Messenger-Überwachung zur Koalitionsbedingung



Verteidigungsministerin Kludia Tanner (ÖVP), Bundeskanzler Karl Nehammer (ÖVP) und Innenminister Gerhard Karner (ÖVP) [APA](#) / [APA](#) / [Helmut Fohringer](#)

16.08.2024 um 14:10

Sicherheit sei zentrales Anliegen der ÖVP, betonten Bundeskanzler Nehammer, Verteidigungsministerin Tanner und Innenminister Karner.

Die Volkspartei und ihre Führungsriege wollen „alle nötigen Maßnahmen“ zum Schutz vor Terrorismus ergreifen. Das sagte Bundeskanzler Karl **Nehammer** am Freitag bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Verteidigungsministerin Kludia **Tanner** und Innenminister Gerhard **Karner** (alle ÖVP) in Wien. Mit ihm als Kanzler würden „die Befugnisse kommen, die es braucht“, versprach Nehammer. Die zuletzt diskutierte Messenger-Überwachung macht er zur Koalitionsbedingung: „Ein Regierungsprogramm ohne (diese Befugnisse, Anm.) wird es mit mir nicht geben.“

Nehammer betonte, Sicherheit sei ein Grundbedürfnis der Menschen. „Österreich zählt zu den sichersten Ländern, das ist keine Selbstverständlichkeit.“ Es gebe aber „Feinde innerhalb und außerhalb, die auch vor Gewalt nicht zurückschrecken“. Der Schutz vor solchen Bedrohungen gehört laut Nehammer zu den „Kernaufgaben des Rechtsstaats“.

## Extremisten sollen „volle Härte spüren“

Vielfältige Bedrohungsszenarien erforderten vielfältige Schutzmaßnahmen, so Nehammer weiter. Diese umfassten eine „starke Verteidigung, effektive Polizeiarbeit und

funktionierende Gemeindienste“. Damit möchte Nehammer für eine „wehrhafte Demokratie“ eintreten. Mit Bezug auf die abgesagten **Taylor Swift**-Konzerte in Wien betonte der ÖVP-Chef erneut: „Eine Tragödie konnte verhindert werden.“ Er verwies zudem auf seinen „Österreichplan“ und äußerte den Wunsch nach mehr Budget für das Bundesheer.

Innenminister Karner nannte die Sicherheit ein zentrales Anliegen für die Volkspartei. Das Thema gehöre daher „in die vernünftige Mitte“. Als wichtigste Ziele für die Zukunft erwähnte Karner die „Bekämpfung von Extremismus und des politischen Islams“. Um Extremisten „die volle Härte spüren“ zu lassen müsse man an manchen Stellen „nachhärten“, forderte der Minister. Es brauche moderne Methoden, um mögliche Straftäter zu überwachen, sagte er: „Terroristen schreiben keine Briefe.“ Bezüglich der Messenger-Überwachung zeigte sich Karner „froh über den parlamentarischen Prozess“, der angestoßen wurde.

„**Die Welt** ist eine unsicherere geworden“ beklagte Verteidigungsministerin Tanner und bemerkte zugleich das „gestiegene Ansehen“ des Bundesheers. In der Vergangenheit sei dieses auch finanziell nicht genügend ausgestattet worden. Nun wolle man „nachrüsten zu einer modernen und starken Armee“, so Tanner. Dafür möchte sie mittels Gesetzesnovelle Verteidigungsausgaben von 2 Prozent des **BIP** festlegen. Erhöhen will die Ministerin auch den Kader des Heeres: „Wir brauchen Leute, die die neuen Geräte bedienen und warten können.“ (APA/Red.)

Lesen Sie mehr zu diesen Themen:

- [Innenpolitik](#)